# Haushaltsrede 2027
# von Oberbürgermeister Michael Schmieder
# in der Gemeinderatssitzung vom 21. Oktober 2026

*Es gilt das gesprochene Wort.*

## Konsolidierung - Modernisierung - Digitalisierung

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Pressevertreterinnen und -vertreter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie erhalten heute den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2027 als Grundlage für die anstehenden Beratungen im November. Der Beschluss der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan ist für die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 16. Dezember 2026 vorgesehen.
Der vorliegende Entwurf wurde auf Grundlage der bisher zur Verfügung stehenden Rahmendaten der zuständigen Ministerien für die kommunale Haushalts- und Finanzplanung aufgestellt. Leider liegen derzeit noch keine Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ zur alljährlichen Herbststeuerschätzung vor. Auch die für alle kommunalen Haushalte relevanten Orientierungsdaten des Landes Baden-Württemberg

(Haushaltserlass 2027) stehen noch nicht fest. Aus den genannten Gründen haben wir uns dazu entschieden, den Haushaltspanentwurf einen Monat später als im vergangenen Jahr einzubringen, da wir nach aktuellem Kenntnisstand davon ausgehen können, dass uns rechtzeitig zur Planberatung im November die erforderlichen Kennzahlen zur Verfügung stehen werden und direkt in die Haushaltsberatungen einfließen können. Die fristgemäße Vorlage der Haushaltssatzung (gemäß § 81 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres 2027) bei der Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Freiburg) wird durch die genannten und vom Land zu vertretenden Verzögerungen jedoch nicht möglich sein.

**Erlauben Sie mir zu Beginn einen kurzen Blick über den kommunalen Tellerrand hinaus. Dieser macht uns deutlich, welche immensen Herausforderungen vor uns liegen.**

Die weltpolitische Lage ist geprägt von zahlreichen Konflikten, geopolitischen Machtverschiebungen und wirtschaftlichen Spannungen, die sich in mehreren Regionen überlagern.
Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran ist ein zentraler Krisenherd im Nahen Osten, es droht eine Phase anhaltender Eskalation.
Die Straße von Hormus bleibt ein globaler Risikofaktor. Anhaltenden Angriffe auf Tanker, hohe Ölpreise und

Lieferausfälle belasten die Weltwirtschaft, befeuern die Öl- und Energiekrise - und sind Nährboden für eine wieder anziehende Inflation. Das statistische Bundesamt hat für September 2026 eine Steigerung der Verbraucherpreise in Deutschland von 3,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat ermittelt.

Darüber hinaus droht eine weitergehende Destabilisierung im Nahen Osten durch zahlreiche regionale Konflikte.

In den USA wird die außenpolitische Linie unter Präsident Trump immer besorgniserregender. Die Annäherung an Russland und die andauernde und äußerst volatile Zollpolitik erzeugen zusätzlichen wirtschaftlichen Druck. Da sich die USA als globaler Sicherheitsgarant weitgehend zurückziehen, müssen europäische Staaten die Last für Landes- und Bündnisverteidigung künftig weitgehend selbst schultern.

In Europa steht weiterhin der fortdauernde russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Fokus. Russland intensiviert Cyber- und Sabotageaktionen gegen europäische Infrastruktur, um Druck auf die Ukraine-Unterstützer auszuüben.
Im Vergleich zu den USA und China droht Europa bei der digitalen Transformation, Innovation und bei Zukunftstechnologien ins Hintertreffen zu geraten. Hohe Lebenshaltungskosten, wirtschaftlicher Druck und gesellschaftliche Umbrüche mit wachsender Unzufriedenheit

führen zu sozialen Spannungen und Protesten wie beispielsweise ganz aktuell in unserem Nachbarland Frankreich.

Insgesamt ist die Weltlage unter dem Eindruck zahlreicher militärischer Konflikte und wirtschaftlicher Spannungen auf nahezu allen Kontinenten als hochgradig volatil zu bezeichnen.

**In Deutschland ringt die Regierungskoalition derzeit um Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger auf der einen und um zusätzliche Einnahmen auf der anderen Seite.**
Große Reformen beispielsweise in den sozialen Sicherungssystemen bei Gesundheit, Rente und Pflege gilt es voranzubringen. Viele darüberhinausgehende Maßnahmen sind dringend notwendig; vor allem die Ausgabeseite des Bundes muss in den Fokus rücken. Ein „Weiter so“ wird dauerhaft nicht möglich sein.

Nach den Darstellungen des Statistischen Bundesamtes stiegen die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen in Deutschland (vor Verteilung auf Bund, Länder und Kommunen) in den letzten 10 Jahren von 705 Mrd. € in 2016 auf 989 Mrd. € in 2025!
Trotz temporärer Krisen verzeichnet der deutsche Staat damit einen langfristigen Einnahmenzuwachs von über 40 Prozent!
Von einem Einnahmeproblem kann somit nicht die Rede sein, vielmehr handelt es sich um ein Ausgabe- und Verteilungsproblem.

Der aktuelle Entwurf des Bundeshaushalts sieht für 2027 Ausgaben in Höhe von rund 555 Mrd. € vor. Davon entfallen rund 202 Mrd. € allein auf den Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Nettokreditaufnahme soll um 20,7 Mrd. € auf insgesamt 118,7 Mrd. € steigen und erhöht sich zusätzlich durch die ebenfalls kreditfinanzierten Sondervermögen auf über 200 Mrd. €.

**Das Land Baden-Württemberg** plant 2027 mit einem Haushaltsvolumen von rund 72 Mrd. €, dieses beinhaltet eine derzeitige Finanzierungslücke von rund 5 Mrd. Euro. Das Land kann im Rahmen der Konjunkturkomponente der Schuldenbremse Kredite in Höhe von 1,3 Mrd. Euro aufnehmen, davon waren 494 Mio. € bereits bisher vorgesehen, weitere 829 Mio. € kommen nun noch hinzu.

Die grün-schwarze Landesregierung hat rund 60 neue Stellen in den Ministerien geschaffen. „Das ist die maximale Anzahl, die muss nicht ausgeschöpft werden“, sagte Ministerpräsident Özdemir gegenüber dem Staatsanzeiger[1] im Juni dieses Jahres. „Es sei üblich bei Regierungswechseln, man müsse etwa im Bauministerium eine neue Abteilung für die Personalverwaltung

[1] Vgl. Cem Özdemir verteidigt 60 neue Stellen in den Ministerien | Staatsanzeiger BW

schaffen“. Das von Innenminister Hagel geführte Innenministerium baut eine eigene Grundsatzabteilung auf.
Weitere 650 neue Polizeistellen und sage und schreibe 3.400 neue Stellen im Schulbereich sind geplant. Was bedeutet das konkret für die Schulen? Wie soll das finanziert werden?
Inzwischen ist bekannt, dass im Gegenzug bis 2031 etwa 5 % der Stellen im Bereich der zentralen Landesverwaltung reduziert werden sollen. „Das geht nicht von heute auf morgen“, wird BW-Verkehrsministerin Nicole Razavi in der SWR Sendung „Zur Sache vor Ort“ vom 15.10.2026 zitiert.

Da scheinen die jüngst angekündigten 1,2 Mrd. € an zusätzlicher Unterstützung für die Kommunen auf den ersten Blick sehr erfreulich. Davon sind jedoch alleine 504 Mio. € mit der kommunalen Konjunkturkomponente versehen. Konkret bedeutet das, dass den Kommunen dieses Geld bei anziehender Konjunktur durch Reduzierung der Zuweisungen wieder entzogen wird. Nur 120 Mio. € sind für den kommunalen Finanzausgleich vorgesehen.
Weitere 330 Mio. € für die Unterstützung der Krankenhäuser, Eingliederungshilfen nach dem BTHG und für die Schulbegleitung an SBBZ‘en dienen vorwiegend den Landkreisen und lassen uns ggf. auf eine moderate Entwicklung bei der Kreisumlage hoffen.

Allerdings steht auch den Landkreisen, so auch unserem Landkreis Emmendingen, das Wasser bis zum Hals. Alle ringen um jede Möglichkeit, die übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Die Einlösung eines weiteren Wahlversprechens der grün-schwarzen Landesregierung steht ggf. noch an: die Einführung eines verbindlichen und kostenfreien letzten Kindergartenjahres. Die Finanzierung kann nur nach dem Konnexitätsprinzip gestaltet werden: Wer bestellt, – der bezahlt! Eine weitere Belastung der Kommunen muss ausgeschlossen werden.

Fazit: Das kommunale Defizit in Baden-Baden-Württemberg liegt laut dem Präsidenten des Städtetags Baden-Württemberg Dr. Frank Mentrup bei inzwischen 4,5 Mrd. Euro, bundesweit sogar bei rund 30 Mrd. Euro. Angesichts dieser historischen Defizite in den Kommunalhaushalten ist jede zusätzliche Entlastung eine dringend benötigte Hilfe für ansonsten ohnmächtige Kommunen.

Eine signifikante Verbesserung der kommunalen Haushalte, so auch des Haushaltes der Stadt Waldkirch, ist nach den bisherigen Haushaltsentwürfen auf Bundes- und Landesebene aber eher nicht zu erwarten. Gleichwohl erwarten wir in Kürze mit Spannung die neuen Orientierungsdaten samt Herbststeuerschätzung und freuen uns, wenn das von der Bundesregierung jüngst prognostizierte Wirtschaftswachstum für 2026 von 1,3 % und die aktuelle OECD Prognose von 1,4 % für

2027 am Ende auch eine Verbesserung unserer städtischen Finanzen bedeuten.

**Das dient mir an dieser Stelle nun als Überleitung zum heutigen Entwurf des Haushaltes der Stadt Waldkirch und deren Eigenbetriebe.**

Erlauben Sie mir eine Anmerkung vorweg:
Das Aufholen der Jahresabschlüsse genießt weiterhin oberste Priorität. So stellen wir sicher, dass die Stadt langfristig auf einem soliden finanziellen Fundament, insbesondere als Planungs- und Controllinginstrument, aufbauen kann. Mit allen Teams arbeiten wir intensiv daran, die fehlenden Jahresabschlüsse zu erstellen. Wir verfolgen gemeinsam intensiv das Ziel, bis Ende 2027 mit den Jahresabschlüssen auf dem aktuellsten Stand zu sein.

**Nun zur Ausgangslage:**
Bereits im Juli 2025 haben wir gemeinsam ein Haushaltssicherungs- und Strategiekonzept auf den Weg gebracht. Die Haushaltssperre im vierten Quartal 2025 war jedoch nicht mehr zu verhindern.
Mit der Haushaltsverfügung des Regierungspräsidiums vom 24. Februar 2026 erhielten wir zusätzlich die Auflage, die Haushaltskonsolidierung erheblich zu intensivieren und konsequent umzusetzen.

Doch schon im Frühjahr 2026 erhielt die Konsolidierung einen weiteren Dämpfer. Zusätzliche und unerwartete Rückgänge bei der Gewerbesteuer mit Rückzahlungen für Vorjahre veranlassten uns, dem Gemeinderat im Mai dieses Jahres einen Nachtragshaushalt zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Im Laufe des Jahres 2026 folgten intensive Beratungen und kontroverse Diskussionen um die Inhalte der vorgelegten Konsolidierungspakete.

**Beispielhaft seien hier folgende Maßnahmepakete erwähnt:**

- Erhöhung der Eintrittspreise in den städtischen Einrichtungen (z. B. Schwimmbad, Mediathek, Elztalmuseum)
- Erhöhung der Musikschulgebühren
- Erhöhung der Elternbeiträge in den Kitas
- Einführung eines neuen Parkraummanagements mit Anpassung der Parkgebühren
- Reduzierung von Mitgliedschaften und Beteiligungen
- Reduzierung von Dienstleistungen durch die Technischen Betriebe
- Erhöhung der Hundesteuer
- Erhöhung des Ansatzes der Grundsteuer

- Neuordnung und Anpassung der Zuschüsse für Vereine und Organisationen
- Prüfung der Möglichkeiten zur Reduzierung von Unterhaltungskosten nicht benötigter Liegenschaften und Immobilien
- Reduzierung der Personalkostenansätze im Zuge des Nachtragshaushaltes
- Verzicht auf eine neue Kita Bruderhaus, stattdessen Verlagerung der Kita Regenbogen
- Verzicht auf die dritte Gruppe im Naturkindergarten am Stadtrain
- u. v. m.

Die Möglichkeiten der Konsolidierung sind jedoch nicht unerschöpflich. Teils heftige Debatten um einzelne Sparpositionen zeigen, wie schwer es ist, sich von liebgewonnenen Dienstleistungen und Unterstützungen zu trennen. Trotz aller Spardiskussionen beinhaltet der Haushalt 2027 erneut wichtige Positionen mit einer vielfältigen Unterstützung unserer Vereine, Gruppen und Organisationen. Wenn auch nicht alle Anträge in voller Höhe berücksichtigt werden konnten, so hat der Gemeinderat die Arbeit in den Vereinen am Ende mit rund 130.000 € an Zuschüssen unterstützt. Hinzu kommen noch weitere Zuwendungen durch das überwiegend kostenlose Zur-Verfügung-Stellen von öffentlichen Räumen und Gebäuden.

Auch haben wir bereits für den kommenden Haushalt gemeinsam eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die wichtige Arbeit der ehrenamtlichen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden auf der einen - und eine Wochenmarktoffensive mit Gebührensenkung für die Marktbeschicker auf der anderen Seite auf den Weg gebracht.
In Anbetracht der Herausforderungen ist das sicher keine Selbstverständlichkeit.

**Lassen Sie uns aber nun einen zusammenfassenden Blick auf die konkreten Zahlen werfen:**

Für das Haushaltsjahr 2027 planen wir auf der Einnahmenseite mit Erträgen im Ergebnishaushalt in Höhe von insgesamt 75.881.845 €. Das entspricht Mehreinnahmen gegenüber dem Haushaltsjahr 2026 (Nachtragshaushalt) von 1,73 Mio. €.

**Die Einnahmen teilen sich auf in:**

<u>Steuern u. ähnliche Abgaben gesamt 33,89 Mio.€ (+ 3,10 Mio.€)</u>
davon u. a.

- Gemeindeanteil Einkommensteuer 16,65 Mio. € (+0,33 Mio. €)
- Gewerbesteuer 8,50 Mio. € (+1,81 Mio. €)
- Grundsteuer (A + B) 3,47 Mio. € (+ 0,31 Mio. €)
- Gemeindeanteil Umsatzsteuer 3,19 Mio. € (+0,54 Mio.€

- Leistungen nach dem Familienlastenausgleich 1,29 Mio. € (+ 42.000 €)
- Vergnügungssteuer 0,62 Mio. € (+ 45.000 €)

<u>Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen gesamt 28,08 Mio.€ (- 1,92 Mio.€)</u>

davon u. a.

- Schlüsselzuweisungen vom Land 18,52 Mio.€ (- 0,97 Mio.€)
- Zuweisungen vom Land (Dez. II - z. B. Kitas, Schulen) 8,99 Mio.€ (-0,21 Mio.€)

<u>Weitere Erträge gesamt 13,90 Mio.€ (- 0,55 Mio.€):</u>

davon u.a.

- Entgelte für öffentliche Leistungen und Einrichtungen (Gebühren für Nutzung öffentl. Einrichtungen) 5,75 Mio.€ (+ 0,24 Mio. €)
- Sonstige ordentliche Erträge. z. B. Bußgelder, Konzessionsabgaben usw. 2,52 Mio.€ (+ 0,42 Mio.€)
- Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte, z. B. Verkaufserlöse, Mieten und Pachten usw. 1,99 Mio.€ (+81.500 €)
- Zinsen und ähnliche Erträge, z. B. Gewinnanteile aus Beteiligungen 1,30 Mio.€ (- 0,62 Mio.€)

**Auf der Ausgabenseite sind für das Haushaltsjahr 2027 Aufwendungen im Ergebnishaushalt von insgesamt 85.481.920 € vorgesehen. Das entspricht Mehraufwendungen gegenüber dem Haushaltsjahr 2026 (Nachtragshaushalt) von 7,11 Mio. €**

**Die größten Ausgabepositionen sind:**

Transferaufwendungen 36,62 Mio.€ (+ 4,50 Mio.€):

davon u. a.

- FAG-Umlage an das Land 9,21 Mio.€ (+0,84 Mio.€)
- Kreisumlage 15,00 Mio.€ (+ 2,13 Mio.€, entspricht einer Erhöhung des Hebesatzes um 2 Punkte auf 36 v. H.)
- Betriebskostenzuschüsse an nicht städtische Kita-Träger 10,64 Mio.€ (+1,31 Mio.€)
- Gewerbesteuerumlage 0,74 Mio.€ (+ 0,25 Mio.€)

Personalaufwendungen 24,32 Mio.€ (+0,61 Mio.€)

- Inklusive der Beiträge zu Versorgungskassen, gesetzlichen Sozialversicherungen und Beihilfen
- Inklusive der anstehenden Tarif- und Besoldungserhöhungen 2027

Ergänzung hierzu: Zur Begrenzung des Kostenanstiegs wurden seitens der Verwaltung bereits deutliche Kürzungen

vorgenommen. Für 2027 wurden u. a. Stellen im Umfang von rund 20 Vollzeitäquivalenten sowie Fahrradzuschüsse gestrichen. Die Eigenanteile der Mitarbeitenden für Hansefit-Angebote wurden erhöht. Diese Änderungen sind bereits in der Personalkostenplanung 2027 berücksichtigt.

Sach- und Dienstleistungen 16,69 Mio.€ (+ 0,23 Mio.€)

- u. a. Unterhaltung von Grundstücken, öffentlichen Gebäuden und sonstigen bauliche Anlagen, Energiekosten, u. v. m.)

Abschreibungen 4,85 Mio.€ (+1,49 Mio.€)

Sonstige ordentliche Aufwendungen 2,57 Mio.€ (+81.500 €)

Zinsen und ähnliche Aufwendungen 0,41 Mio.€ (+0,19 Mio.€)

**Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist es enorm wichtig, auch in Zukunft in den Erhalt unserer kommunalen Infrastruktur zu investieren. So sind für Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen im Planentwurf folgende Budgets eingeplant:**

- Gebäudeinstandhaltung
  1,22 Mio.€ (davon 0,38 Mio.€ für Schulgebäude und 0,21 Mio.€ für Kindertageseinrichtungen)

- Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen, Wege, etc.
  0,70 Mio.€
- Brücken und Ingenieurbauwerke
  0,50 Mio.€
- Spielplätze und Freizeitanlagen
  0,24 Mio.€

Hinzu kommen weitere Ansätze für Straßenbegleitgrün, Gewässerunterhaltung, wasserbauliche Anlagen u. s. w. in Höhe von rund 1,1 Mio. €.

Für weitergehende Informationen und Darstellungen möchte ich an dieser Stelle auf den vorliegenden Planentwurf sowie den sehr ausführlichen und detaillierten Vorbericht verweisen.

Der Haushaltsentwurf 2027 weist somit im Ergebnishaushalt ordentliche Erträge in Höhe von 75.881.845 € und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 85.481.920 € aus.

Daraus resultiert ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von minus 9.600.075 Euro!
Unter Berücksichtigung bereits eingeplanter außerordentlicher Erträge, u. a. durch Veräußerungen von Grundstücken in Höhe von 3.242.100 €, verbleibt ein veranschlagtes Gesamtergebnis von minus 6.357.975 €.

Zu dessen Ausgleich erfolgt eine Entnahme aus Überschüssen der ordentlichen Rücklage (1,62 Mio. €) und eine Entnahme aus Überschüssen aus der Sonderrücklage (4,76 Mio. €).
Die ordentliche Ergebnisrücklage wird bereits 2027 vollständig aufgebraucht sein. Die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses sinkt nach vorliegender Planung bis 2029 auf nur noch 1,68 Mio. €. Dieser Betrag reicht nicht aus, das Ergebnis des Jahres 2030 auszugleichen.

Trotz intensivster Konsolidierungsmaßnahmen ist es unter den gegebenen Rahmenbedingungen erneut bei Weitem nicht möglich, auch nur in die Reichweite eines ausgeglichenen Haushaltes zu kommen.
Allein der Zahlungsmittelbedarf aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt in 2027 voraussichtlich 6,15 Mio. €
Nach derzeitiger Planung wird es unumgänglich sein, zur Stärkung der Liquidität vorübergehend Kassenkredite in Anspruch zu nehmen. Der hierfür zur Verfügung stehende Rahmen soll auf 17 Mio. € festgesetzt werden.

Die Entwicklung bis 2030 zeigt aber zumindest eine deutliche Verbesserung der laufenden Eigenfinanzierungskraft und ist ein positiver Schritt in Richtung Herstellung der Kreditwürdigkeit. Ob sich diese positive Entwicklung fortsetzt, bleibt abzuwarten.

**Blicken wir gemeinsam auf die anstehenden Investitionen:**

Ursprünglich war vorgesehen, dass die Priorisierung der Investitionen für die mittel- und langfristige Finanzplanung ab dem Jahr 2027 im Rahmen einer Klausurtagung des Gemeinderates - unter Berücksichtigung zu definierender strategischer Handlungsfelder und Bewertungskriterien - erfolgen soll. Aus zeitlichen und organisatorischen Gründen konnte dies leider nicht erfolgen.
Es wurde jedoch bereits vereinbart, dass wir in Zukunft §12 GemHVO verstärkt anwenden. Dadurch soll erreicht werden, dass nur die Investitionsmaßnahmen den Weg in den Haushaltsplan finden, für die der Mittelabfluss für die Folgejahre auch konkret benannt werden kann, und zwar durch Pläne, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Kostenberechnungen und gegebenenfalls einen Bauzeitenplan.

Alle noch nicht in entsprechender Schärfe und mit festen Jahreszahlen hinterlegten Investitionswünsche werden bis dahin auf eine nicht in Zeitrahmen und Zahlen konkretisierte „Vorhabenliste“ gesetzt und gegebenenfalls jährlich durch den Gemeinderat neu priorisiert.

**Nun zu den Fakten:**

Das vorgesehene und sehr ambitionierte Investitionsprogramm für 2027 beläuft sich auf insgesamt 21,63 Mio. €.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen im Jahr 2027 rund 16,62 Mio. €.
Insgesamt beträgt der negative Saldo aus Investitionstätigkeiten somit rund 5 Mio. €.
Zur Finanzierung der Investitionen sind u. a. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen wie z. B. im Gewerbegebiet Inried, der Einsatz der Mittel aus dem Sondervermögen in Höhe von 3,70 Mio. € (2027 - 2029 = 6,47 Mio. €) und eine Kreditaufnahme von 6,778 Mio. € vorgesehen.

Schauen wir uns die geplanten Investitionen etwas genauer an.

**Die größten 10 Einzelpositionen (Auszahlungen) bei den Investitionen in 2027 sind:**

- **Breitbandausbau** „Ausbauprogramm Graue Flecken“
  3,45 Mio.€
- **Kita St. Carolus** - Fertigstellung Neubau
  2,30 Mio.€
- **Erwerb und Sanierung Josefshaus** (Übernahme vom Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft) 1,90 Mio.€
- **Erschließung Gewerbegebiet Inried**
  1,20 Mio.€

- **Bruderhaus** - Umbau zu Kita und Mensa mit Neubauergänzung 1,00 Mio.€
- **Hochwasserschutzmaßnahme Oberkollnau** 1,00 Mio.€
- **Feuerwehrhaus Buchholz -** Fertigstellung Neubau 0,80 Mio.€
- **Erneuerung Gewerbekanalbrücke Lange Straße** 0,80 Mio.€
- **Evangelischer Kindergarten -** Investitionszuschuss für Erweiterung/Umbau 0,63 Mio.€
- **Erwerb Teilfläche ehemaliges Volksbankgebäude am Marktplatz -** Neues Bürgerservicezentrum Teilzahlungsrate 0,62 Mio.€

Die vorgenannten zehn größten Investitionsauszahlungen ergeben ein Gesamtvolumen von 13,69 Mio. €.

Darüber hinaus sind weitere Auszahlungen für teils neue und laufende Investitionen und Maßnahmen vorgesehen.
Dies betrifft u. a.

- Feuerwehr (Fahrzeuge + Umbau Feuerwehrhaus Kollnau) 1,036 Mio.€
- Bevölkerungsschutz (Notstrom, Sirenen) 0,59 Mio.€
- Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung, Kassensystem `s Bad usw. 0,275 Mio.€
- Erneuerung Ufermauer Am Kohbach 0,35 Mio.€

- Erneuerung Brücke Altersbach/Papiergäßle 0,40 Mio.€
- Dezentrale Lüftung Testanlage Kitas, Schulen 0,20 Mio.€
- Flurneuordnung Wegelbach/Suggental 0,125 Mio.€
- Erneuerung Spielplatz Am Stadtrainsee 0,12 Mio.€
- Erneuerung Wassertretbecken am Stadtrainsee 85.000€
- Fußgängerüberwege Kohlenbacher Straße und Schloßbergstraße 70.000€
- Friedhöfe (Urnenwand Waldkirch, neue Urnenstele + Baumgrabfeld Kollnau) 0,165 Mio.€
- Hitzeschutzmaßnahmen Kitas 25.000€
- weitere Kleininvestitionen

Die Darstellung aller Investitionen mit den geplanten Auszahlungen in den Folgejahren können Sie dem Haushaltsplan und der beigefügten Investitionsliste entnehmen.

Insgesamt bewegen wir uns auf einem sehr hohen (zu hohen) Investitionsniveau. Das wird in Zukunft in dieser Größenordnung nicht mehr möglich sein. Der Fokus liegt zunächst eindeutig auf der Fertigstellung der Großmaßnahmen wie z. B. Kita St. Carolus, Bruderhausgebäude, Feuerwehrhaus Buchholz, dem Breitbandausbau in der Gesamtstadt, der Erschließung des Gewerbegebiets Inried und der Hochwasserschutzmaßnahme Oberkollnau.

**Kommen wir nun zu den Planungen der städtischen Eigenbetriebe:**

**<u>Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung</u>**

Der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung erwirtschaftet im Erfolgsplan 2027 mit Erträgen und Aufwendungen von jeweils rund 3,78 Mio. € (Vorjahr 3,58 Mio. €) ein ausgeglichenes Ergebnis. Aus der laufenden Geschäftstätigkeit kann ein Zahlungsmittelüberschuss von 198.300 € erwirtschaftet werden. Ein großer Teil der Transferaufwendungen entfällt auf die Verbandsumlage an den Abwasserzweckverband Breisgauer Bucht mit 1,69 Mio. €. Erfreulicherweise konnte für die Beauftragung eines Starkregenrisikomanagementkonzeptes eine Landesförderung in Höhe von 41.000 € (entspricht 70 % der Gesamtkosten) generiert werden.

Für das ambitionierte Investitionsprogramm von 5,88 Mio. € und Auszahlungen von insgesamt 5,96 Mio. € wird eine Kreditermächtigung in gleicher Höhe und eine Verpflichtungsermächtigung für Folgejahre von 0,95 Mio. € benötigt.
Daraus folgend beträgt der voraussichtliche Stand der Schulden des Eigenbetriebs Ende 2027 insgesamt 18,18 Mio. € (+5,41 Mio. €).

Einige bedeutende Investitionen sind im Programm enthalten, so z. B. die Erschließung des Gewerbegebiets Inried (Gesamtkosten 2027 - 2028 = 4,10 Mio. €), RÜB Kandelstraße (Gesamtkosten 0,75 Mio. €) und das RKB Kastelbergstraße (Gesamtkosten 1,25 Mio. €).
Die Anzahl der Stellen im Stellenplan bleibt unverändert.

**Eigenbetrieb Wasserwerk**

Der Eigenbetrieb Wasserwerk erwartet im Erfolgsplan einen Jahresgewinn in Höhe von 0,234 Mio. €. Dieser resultiert aus Erträgen in Höhe von 3,569 Mio. € und Aufwendungen inkl. Zinsen in Höhe von rund 3,335 Mio. €.
Insgesamt belaufen sich die Investitionen auf ein Volumen von 1,163 Mio. € und verteilen sich auf die Wassergewinnung (80.000 €), Verteilung (815.000 €), Speicherung (262.000 €) und Messung (6.000 €).
Die Finanzierung ist durch eine Kreditermächtigung in Höhe der Investitionssumme vorgesehen.
Die Verschuldung des Eigenbetriebs erhöht sich entsprechend und beträgt zum Ende des Wirtschaftsjahres 15,465 Mio. €.
Der Eigenbetrieb beschäftigt kein eigenes Personal. Die Betriebsführung liegt bei der Stadtwerke Waldkirch GmbH.
Aufgrund fortlaufend notwendiger Investitionen in die wichtige Infrastruktur der Wasserversorgung ist ggf. zeitnah über eine Anpassung der Wassergebühren zu beraten.

## Eigenbetrieb Technische Betriebe

Der Eigenbetrieb Technische Betriebe Waldkirch (TBW) plant in 2026 mit Erträgen von 3,927 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von 3,924 Mio. € und damit einem minimal positiven Ergebnis.
Aus der laufenden Geschäftstätigkeit kann ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 205.700 € erwirtschaftet werden.
Zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionen in Höhen 254.000 € ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 205.000 € vorgesehen. Die Gesamtverschuldung des Eigenbetriebs erhöht sich geringfügig von 1,562 Mio. € auf 1,582 Mio. €.

.

Der Stellenplan beinhaltet mit 34,8 Stellen eine geringfügige Reduzierung um 0,2 Stellen, wovon derzeit nur 31,2 Stellen tatsächlich besetzt sind. Aufgrund des massiven Spardrucks und der engen Verzahnung mit dem Kernhaushalt müssen wir die Kosten weiter senken. Die entsprechenden Beschlüsse hierzu hat der Gemeinderat bereits gefasst.
Das Team TBW konzentriert sich deshalb künftig noch stärker auf die Pflichtleistungen, sichert den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur, optimiert Prozesse. Eine in der Stadt sichtbare Reduzierung der Standards wird leider unumgänglich sein.

## Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft

Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft plant 2027 im Erfolgsplan mit Erträgen von 10,43 Mio. € (davon 7,73 Mio. € Mieterlöse), Aufwendungen von 9,06 Mio. € und einem Jahresgewinn von 1,37 Mio. €.
Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird ein Zahlungsmittelüberschuss von 3,92 Mio. € erwirtschaftet.

Zur Finanzierung der Auszahlungen für laufende und neue Investitionen in Höhe von rund 8,69 Mio. € ist eine Neukreditaufnahme von 2,80 Mio. € und eine Verpflichtungsermächtigung für Folgejahre von 2,30 Mio. € vorgesehen.
Der geplante Erwerb des Wohnheims St. Nikolai und die sukzessive Sanierung der 59 Wohneinheiten in der Freiburger Straße stellen gemeinsam mit der Fertigstellung der 14 Wohnungen über dem Kindergarten St. Carolus die größten Investitionen der kommenden Jahre dar.

Somit erhöht sich die Gesamtverschuldung durch die restl. Kreditermächtigungen aus dem Vorjahr und die angestrebten Neukredite um rund 4,91 Mio. € - und beträgt zum Ende des kommenden Wirtschaftsjahres voraussichtlich 51,11 Mio. €.
Das Eigenkapital beträgt konstant etwa 21 %.

Die Erhaltung und der weitere Ausbau von gefördertem Mietwohnraum zählen zu den obersten Prioritäten. Das Ziel, den Wohnungsbestand bis 2031 auf 750 Wohnungen auszubauen, rückt in greifbare Nähe. Dem Ausbau des Wohnungsbestandes und den dadurch wachsenden Aufgaben entsprechend wird der Stellenplan insgesamt um 0,5 auf 10,1 Stellen erhöht.

Für detailliertere Ausführungen zum Zahlenwerk und den geplanten Investitionen aller Eigenbetriebe darf ich an dieser Stelle auf die vorgelegten Wirtschaftspläne 2027 verweisen.

**Fazit:**

Es verbleibt insgesamt ein erheblicher Konsolidierungsbedarf. Nur nachhaltige, strukturelle Veränderungen bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben durch Bund und Land können hier Abhilfe schaffen. Zusätzliche pauschale Kürzungen jeglicher Art sind nicht mehr möglich. Eine Verbesserung lässt sich auf der Aufwandsseite nur noch durch konkrete Streichung von Aufgaben, Angeboten und Leistungen decken. Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht nur gefährdet, sondern bereits weitestgehend außer Kraft gesetzt.

Ich fordere die Bundes- und Landespolitik eindringlich zum schnellen – ich wiederhole - zum schnellen Handeln auf.
Es ist nicht mehr 5 vor 12……Es ist bereits 20 nach 12!
Weitere Verzögerungen führen unweigerlich zum Systemkollaps.

Und so sehr ich die Investitionszuschüsse aus dem Infrastrukturpaket des Bundes (Sondervermögen bzw. Neuschulden) auch begrüße und weitere Investitionsförderprogramme herbeisehne, das Grundproblem der komplett unterfinanzierten, laufenden kommunalen Aufgaben ist dadurch nicht im Ansatz gelöst.

Zur weiteren Verbesserung haben wir in den vergangenen Monaten einige Weichen in organisatorischer Hinsicht gestellt. Strategische und organisatorische Veränderungen wurden auf den Weg gebracht. Die Wirtschaftsförderung erhielt mit einer eigenen Stabsstelle einen gänzlich neuen Stellenwert, ein neues Wirtschaftsförderungskonzept ist erarbeitet. Die ersten digitalen Vorboten wie z. B. der neue Chatbot, die digitale Rechnungslegung oder Teilprojekte des Dokumentenmanagementsystems mit dem Start für die E-Akte sind erkennbar.
Mit dem eingeführten Projektmanagement und der im neu definierten Referat des Oberbürgermeisters angesiedelten Koordination und Steuerung gehen wir die Aufgaben der Zukunft an.
Das neue Bürgerservicezentrum wird voraussichtlich im vierten Quartal 2027 seinen Betrieb aufnehmen. Die vom Gemeinderat gefassten Beschlüsse zur Reduzierung von Verwaltungsflächen außerhalb des Rathauses (z. B. Verkauf Gebäude Marktplatz 6 – Bären) wird umgesetzt. Im neuen Projekt Büro 2030 wird ein

neues Flächennutzungskonzept erarbeitet. Ziel ist es, langfristig Kosten für Miete und Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden zu sparen.

NUR GEMEINSAM werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern:

- KONSOLIDIERUNG
- MODERNISIERUNG
- DIGITALISIERUNG

Schenken Sie uns und dem TEAM der Stadt Waldkirch das notwendige Vertrauen.

Mein Appell vom letzten Jahr gilt auch dieses Jahr wieder:
Lassen Sie uns die Ärmel hochkrempeln, gemeinsam anpacken und unsere Zukunft gestalten. Wir möchten die Prozesse strukturell noch effektiver und wirtschaftlicher gestalten, damit wir auch weiterhin in die Zukunft unserer Stadt investieren können.
**Nur gemeinsam wird uns das gelingen!**

Ich **danke** an dieser Stelle dem gesamten Gemeinderat, den Mitgliedern der Ortschaftsräte, den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern für die sehr gute Zusammenarbeit.

Abschließend möchte ich ALLEN Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, im Rathaus, in all unseren

Einrichtungen und in den Eigenbetrieben für ihre **Gesamtleistung** danken. **Stellvertretend** dafür danke ich besonders…

…dem Team aus dem Referat des Oberbürgermeisters unter der Leitung von Dr. Maria Jedicke,
der Leitung der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und strategische Projekte, Melanie Gehl-Moser
dem Dezernat I mit Dezernatsleiter Stephan Fliegner,
dem Dezernat II, geleitet von Ilka Kern,
dem Dezernat III mit Michael Dorner an der Spitze und
dem Dezernat IV unter Leitung von Detlev Kulse.

Mein Dank gilt auch unseren **Eigenbetrieben**, …

...der **Wohnungswirtschaft** mit Tino Störk als Leiter, der **Abwasserbeseitigung** mit Tobias Brenzinger an der Spitze und den **Technischen Betrieben** unter Führung von Sascha Henrich genauso wie dem **Wasserwerk** und seinem Leiter Jochen Fischer, der zugleich auch der **Stadtwerke Waldkirch GmbH** als Geschäftsführer vorsteht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!